

Weser-Beck-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Niederrheinische Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 10 Mk. ohne Zugaben. — Einzelne Nummern 5 Mk. — Herausgeber: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigepreise: Die geschätzten Beträge
sind auf der Basis des Hauptmannschafts 10 Mk. im amtlichen Teil (aus
von Behörden) die Seite 10 Mk. — Geringere und
Bekannter 5 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Gehne. — Druck und Verlag: Carl Gehne in Dippoldiswalde.

Nr. 209

Donnerstag den 7. September 1922

88. Jahrgang

Deutschland und Sachsen.

Dippoldiswalde. Müssten wir vor wenigen Tagen berichten, daß sich die Diefstähle von Gartenfrüchten zuletzend mehrten, so ist dem hinzuzufügen, daß auch die Felddiebstähle außerordentlich überhand nehmen. Sie wurden vor kurzer Zeit auf den Feldern eines bietigen Gutes in einer Nacht gegen 10 Zentner Kartoffeln gestohlen. Die Landwirte gerade unseres Bezirks haben im vergangenen Jahre weitesten Entgegenkommen bezüglich der Kartoffelverfassung der bedürftigen Bevölkerung gezeigt, und wir sind sicher, es soll auch in diesem Jahr wieder geschehen. Derartige Vorgänge aber sind dazu angelegt, sie davon abzuschrecken. Der Besitz des anderen sollte doch wieder mehr geachtet werden, nicht nur bei Gold und Geldeswert, auch bei Feld- und Gartenfrüchten.

Dippoldiswalde. Die Vereinigung ehemaliger Handelschüler Dippoldiswalde ist kürzlich dem Landesverband ehemaliger Handelschüler beigetreten. Es kann nun jedes Mitglied werden, das eine Handelschule besucht hat, also nicht bloß Schüler des bietigen Handelschule. Die Vereinigung pflegt Gefälligkeit, vor allen Dingen werden Kaufmännische Vorträge usw. geboten, desgleichen aktive Handelschüler mit Lehrlingen und Praktikanten unterstützen werden. Auf den nächsten Vereinsabend wird durch Interat in heutiger Nummer aufmerksam gemacht.

Dippoldiswalde. Wenn der Wahltag am 14. September, wie bei der Haltung der Kommunisten kaum mehr zweifelhaft werden darf, ausgelöst wird, dann sind die Neuwahlen nach der Verfassung spätestens am 6. Tage nach der Auslösung, also spätestens am 12. November vorzunehmen. Der 12. November ist ein Sonntag. Als Wahltag kommt also wohl der 5. oder der 12. November in Frage. Die Parteien sind zum Teil schon elfig mit der Vorbereitung der Neuwahlen beschäftigt. Ob der demokratische Antrag auf Übernahme der Kosten für die Stimmzettel auf den Staat auf die Tagesordnung vom 14. September gelegt wird, ist noch nicht bekannt, ebenso wenig, ob er Aussicht auf Annahme hat.

Katastrophe Lederpreise. Der Sturz unserer Mark hat auch auf dem Ledermarkt vernichtende Folgen ausgelöst. Wie dem „Mühlhäuser Anzeiger“ geschrieben wird, kostet heute ein Kilogramm prima Sohlenleder in der Haut etwa 1500 Mark, das bedeutet für reines Kermleder 2000 M. je Kilogramm. Oberleder hat dieselbe Steigerung erfahren. So bezahlt man den Quadratfuß Vorfach und Chêvreau mit 500 bis 600 M. und das Pfund Rindleder mit 1000 bis 1200 M. Diese Preissetzungen müssen sich an dem kranken Wirtschaftskörper des deutschen Volkes entfesseln auswirken. Wer vor einem Vierteljahr behauptet hätte, ein Paar Herrenschuhe kosteten demnächst 4500 bis 5000 M., der wäre gewiß als arger Schwarzseher veracht worden. Heute stehen wir vor dieser furchtbaren Tatsache und fragen uns: „Wie soll es eigentlich nun werden, ist dies das Ende oder stehen uns noch schwere Prüfungen bevor?“ Welcher Familienname ist auch in der Lage, solche Preise aufzubringen? Das Publikum ist durchweg gezwungen, selbst mit den höchsten Einkäufen zurückzuhalten, und Arbeitseinschränkungen werden andererseits die notwendige Folge sein. Die Lederindustrie (es trifft hier den großen Fabrikanten, wie den kleinen Handwerksmeister) dürfte diese Kreise nicht ohne schwerste Erschütterungen überwinden, denn ein weiteres Anspannen des Betriebskapitals ist kaum noch denkbar.

Der Pleitegeist zieht seine Kreise über Deutschland und die Haptik Frankreichs ist die Hydre, die auf die Überreste läuft. Frauenstein. Das war überhaupt kein Jahrmarkt. Es regnete Windböen. Viele auswärtige Verkäufer konnten ihre Waren überhaupt nicht auslegen, wollten sie nicht gefährdet laufen, zu den hohen Unkosten auch noch Sachschaden durch den Regen zu haben. Das Karussell blieb auch geschlossen, sodoch nicht einmal die Melodien seiner Drehsäule etwas Leben in den toten Markt brachten. Der Besuch des Marktes war außerordentlich gering. Auch die heimischen Geschäftsfleute werden selten einen so geringen Jahrmarktsaufschwung zu verzeichnen gehabt haben, wie am vorigen Montag. Wir können uns schon manches vergangenen Marktes erinnern, so schreibt der „Frauensteiner Anzeiger“, aber ein derart elendes Wetter ist selbst den ältesten Leuten nicht erinnerlich.

Die Preise der wenig öffnen Stände waren durchweg hoch. Mit der alten Märkte, daß man auf dem Jahrmarkt etwas Billiges kaufen kann, scheint die Neuzeit mit ihrer rätselhaften Mark und der wechselnden Konjunktur aufgeräumt zu haben.

Freital. Die Einverleibung der Gemeinde Zauckerode nach Freital wirkte voraussichtlich am 1. Oktober erfolgen. Am 7. September werden Rat und Stadtverordneten von Freital über die Vermehrungsangelegenheit beraten.

Freital. Um den Mangel an Gleisanlagen freitale Industriefirmen zu beenden, beabsichtigt das Industrieamt der Stadt Freital, bei dem Kommissariat für elektrische Bahnen vorstellig zu werden, daß der Rollbockverkehr nach Möglichkeit den an der Dresdner Straße gelegenen Betrieb zugänglich gemacht wird. Unter dem erwähnten Mangel leiden insbesondere die Industriebetriebe des Stadtteils Pöschappel, wodurch diese für An- und Abfuhr ihrer Roh- und Fertigfabrikate sehr hohe Kosten entstehen.

Tharandt. Der Stadtgemeinderat in Tharandt hat beschlossen, daß Obst in den städtischen Grundstücken den Mietern gemeinsam unentgeltlich zu überlassen, verlangt aber dafür von diesen Pflege der Obstbäume. Auf den unbebauten Grundstücken ist der Obstzettel auf etwa 3000 M. geschlägt worden. Die Auslösung unter den Bewerbern hat bereits stattgefunden.

Dresden. Das sächsische Arbeitsministerium gibt bekannt, daß das Arbeitsnachweiszefix vom 22. Juli d. J. mit dem 1. Oktober in Kraft treten soll. Da für jedes Landesamt für Arbeitsvermittlung ein Verwaltungsausschuß gebildet werden muß, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Gemeinden mit je 10 Stimmen vertreten sein sollen, werden die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgefordert, möglichst bald Vorschlagslisten an das Landesamt für Arbeitsvermittlung einzureichen.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgende Meldung: Der an sich selbstverständliche Grundtag, daß man besonders im öffentlichen Leben die religiösen Empfindungen Andersdenkender nicht verleihen soll, ist für den Unterricht an den öffent-

lichen Schulen auch durch Artikel 148 Abs. 2 der Reichsverfassung festgelegt. Deshalb bat das Kultusministerium verordnet, daß in der Schule jede religiöse Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichts unterbleiben soll. Andachten, Gebete und Altkirchenlieder sind daher nur in den Religionsstunden zulässig. Schulfeiern und andere Veranstaltungen der Schule dürfen keinen kirchlichen oder religiösen Charakter tragen, sondern sind so anzustalten, daß es jedem Lehrer und jedem Schüler möglich ist, ohne Gewissensbisse an ihnen teilzunehmen.

Kürzlich sind abermals Sachsenstaatspapiere und zwar 35jährige Staatschulden-Kassencheine vom Jahre 1855 ausgelöst worden. Die Liste der gezogenen Nummern wird demnächst in der „Sächsischen Staatszeitung“ veröffentlicht, auch bei allen Stadträten, Bürgermeistern und Gemeindeförstern des Landes zu jedermann Einsicht ausgelegt. In dieser Liste werden zugleich die in früheren Terminen ausgelosten, aber noch nicht abgehobenen Nummern wieder aufgerufen, deren große Zahl leider beweist, wie viele Papierhaber zu ihrem Schaden die Auslösungen übersehen.

Die sächsischen Gewerbebehörden hatten beim Wirtschaftsministerium beantragt, die in diesem Herbst fälligen Wahlen zu den Handels- und Gewerbebehörden um ein Jahr zu verschieben, da nach dem bald zu erwartenden Erlass des Reichsrahmengesetzes für die gesetzlichen Berufsvertretungen ohnehin allgemeine Neuwahlen zu den Kammer stattfinden müssten. Von den sächsischen Handelskammern sprachen sich auf eine Anfrage des Wirtschaftsministeriums zwei für diesen Antrag, drei dagegen aus. Das Wirtschaftsministerium hat jetzt den Antrag abgelehnt, so daß die Handels- und Gewerbebehamerwahlen noch im Herbst dieses Jahres stattfinden.

Bekämpfung der Bismarckaten. Das Wirtschaftsministerium hat die Vergütung für die Vertilgung von Bismarckaten auf 30 M. für eine Rente erhöht. Die Vergütung erfolgt gegen Einsendung des Schwanzen an die landwirtschaftliche Versuchsanstalt zu Dresden, Stübelallee 2.

Pulsnik. Für den Renaufbau der städtischen Chronik hatte der Rat 2500 M. bewilligt. Die Stadtverordneten haben, unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse und im Hinblick auf die viele Mühe und Arbeit, den Betrag auf 5000 M. erhöht und ersuchen den Rat, diesem Beschlusse beizutreten.

Burgsdorf bei Rositz. An Pilzvergiftung starb der 35jährige Stellmachermeister E. C. Imhof.

Rochlitz. Erichsen hat sich der in den 40 Jahren liebende Kaufmann Arno Voigt aus unbekannter Ursache. Er gab einen Schuß aus seinem Revolver auf sich ab, der in die Lunge eindrang und ihn sofort töte. Voigt war bei der Novemberrevolution 1918 Vorsteher des bietigen Soldatenrates. Später wurde er als Mehrheitssozialist in das Stadtverordnetenkollegium gewählt und kam aber in Konflikt mit seinen Parteigegnern, worauf er sich zurückzog.

Mügeln. Der Stadtgemeinderat in Mügeln hat grundsätzlich beschlossen, für alle Reisen, die im Interesse der Stadt und der Schule ausgeführt werden, nur Fahrgeld 3. Klasse zu verbilligen.

Hübertusburg. Die älteste Einwohnerin der Kirchgemeinde Hübertusburg und Wermendorf, die in Oschatz geborene Landeshospitälitin Wilhelmine verm. Lüttgens geb. Spörer aus Dresden, feierte in verhältnismäßig geistiger Rüstigkeit den 94. Geburtstag. Sie bewahrt von ihrer Schulzeit her noch einen großen Schatz von Kästchenmustälden, Sprüchen, Episteln, Evangelien und Gefangenbüchlein in ihrem Gedächtnis.

Thum. Von einem deklagswerten Unfall wurde eine ergebige Kinderkolonie betroffen, die in den vergangenen Wochen in Bad Bockwitz weilt. Ein Teil der Kinder, die hauptsächlich aus Thum, Ehrenfriedersdorf und Umgegend stammen, war am Vorlage der Abreise, verlost durch das Schöne Wetter, ohne Aufsicht in die Orla abgegangen und in eine Untiefte geraten. Dadurch kamen mehrere der Kleinen in Lebensgefahr und ein Mädchen erlitt, wohl infolge des Schrecks, einen Herzschlag. Die übrigen Kinder konnten gerettet werden. Führer der Kolonie war ein Lehrer aus Thum. Das bietige Jugendfürsorgeamt steht, wie es mitteilt, zu dieser Kinderkolonie in keiner Beziehung.

Chemnitz. In Chemnitz betrug im Juli d. J. die Zahl der Wohnungen und enden überhaupt etwa 15000; davon rund 8000 Fälle mit, 7000 ohne selbständige Wohnung.

Limbach. In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Streikenden wurde mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, den Streik, der ohne Zustimmung der Gewerkschaften unternommen wurde, sofort abzubrechen.

Frohburg. Bürgermeister Schröder ist aus Anlaß seines 25-jährigen Amtsjubiläums zum Ehrenbürger der Stadt ernannt worden.

Der Stadtgemeinderat hat beschlossen, bei der Firma Franke in Bremen zum Preis von 276 000 M. eine Retortenlademaschine für die städtische Gasanstalt zu bestellen und dazu ein entsprechendes Darlehen aufzunehmen.

Hohenstein-Ernstthal. Die Feier des 75. Stiftungsfestes beging hier unter lebhafter Anteilnahme der Altstadtkirche Militärveteranen, wobei u. a. Stadtrat Anger die goldene Auszeichnung für 50-jährige Mitgliedschaft erhielt. Die Grüße des Sächsischen Militärvereinsbundes überbrachte General Maerker-Dresden, der sich in längeren Ausführungen über die Pflichten der Militärveteranen erging.

Aue. Der Kreisausschuß Zwönitz genehmigte die Vereinigung des selbständigen Gutsbezirkes Klösterlein mit der Stadt Aue, ferner die Ortsgelehrte über die Erhebung einer Luxuswohnsteuer und einer sozialen Abgabe von industriellen und gewerblichen Anlagen zur Auflösung der Mittel für Ausgaben zu sozialen Zwecken.

Markneukirchen. Ein Pascherdepot ist dieser Tage in Rohrbach (zwischen Landwüst und Brambach) ausgebaut worden. Einem Grenzbeamten waren die Warentransporte nach einem dortigen Hause aufgefallen; er beobachtete nachts das Haus und bemerkte den Eintritt einer größeren Zahl Männer, die nach kurzer Zeit vollpackt das Haus nach der nahen Grenze zu wieder verließen. Es wurde nun für eine der nächsten Nächte eine Anzahl Grenzbeamter herbeigezogen und das Haus umstellt. Wieder

trafen die Pascher ein, und nun gingen die Grenzbeamten vor und sahen eine Anzahl Pascher, während einigen anderen die Flucht gelang. Im Hause selbst stand man über 200 000 M. vor und eine Menge Waren, worunter sich auch unbandolierte Zigaretten befanden sollen. Ein Wagen Pascher gut wurde im Jollamt hier eingeliefert, zwei weitere Wagen treffen in den nächsten Tagen ein. Den Jollbeamten ist ein großer Schlag gelungen. Da Rohrbach direkt an der Grenze liegt und diese selbst durch die Jollbeamten nur schwach besetzt ist, war die Pascheret recht leicht. Sonderbarweise hat man auch darüber über der Grenze nichts von dieser Massenpascheret bemerkt, obgleich man dort durch die Hinterziehung der Jollabgabe erst recht geschädigt ist.

Plauen i. V. Am Montag vormittag hat ein bietiger Geschäftsmann seinen 15-jährigen Lehrling Erich Härtner mit einem Geldbetrag von 24 383 M. nach der Gewerbebank geschickt, um den Betrag einzuzahlen. Von diesem Gang ist der Bursche nicht zurückgekehrt, hat auch das Geld nicht eingezahlt. Offenbar ist er damit flüchtig geworden.

Wessentliche Gemeinderatsitzung zu Schmiedeberg

am Freitag den 1. September 1922.

Nachdem der Herr Vorsitzende zunächst Gelegenheit genommen hatte, die Anwesenden in dem neuen Sitzungszimmer zu begrüßen, brachte derselbe unter Mitteilungen folgendes zur Kenntnis: Die Note-Kreis-Sammlung hat hier eine Summe von 3739,95 M. ergeben. Allen Geben sei herzlich gedankt. Die Amtshauptmannschaft teilt mit, daß die Bezirksteuer diesmal 52 843,35 M. beträgt, gegen 18 976,72 M. im Vorjahr. Die von der Gemeinde aufgebrachten Kriegsunterstützungen sollen zurückgestellt und in Form eines Darlehns vom Reich verzinst und getilgt werden. Laut einer Mitteilung des Ministeriums des Innern werden die dem Bezirk zufallenden gesamten Mittel der Gemeinde für den Wohnbaus im Molchgrund überwiesen.

Die Amtshauptmannschaft hat auf Antrag Schmiedeberg als sogenannten kleinen Grenzbezirk ernannt. Der Gemeindewerkeleistung steht sonach das Recht zu, Grenzausweise ausstellen zu können. Auf Einspruch der bietigen Gemeinde gegen die beantragte Benennung des Fernspedienten Schmiedeberg-Ripsdorf mit „Amt Ripsdorf“ teilt die Oberpostdirektion mit, daß es bei der bietigen Bezeichnung verbleiben soll.

Wegen einer doppelten Berechnung der Bedecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge hat die Gemeinde Einspruch erhoben. Der Entscheid steht noch aus.

Von der Amtshauptmannschaft sind der Gemeinde in dankenswerter Weise 500 M. zu Zwecken der Säuglings- und Kleinkinderpflege überwiesen worden.

Dem Bezirkshornsteinfeuermeister wurde eine Erhöhung der Feuerlöste um 500% ab 1. 7. bewilligt. Das Gaswerk Heidenau teilt mit, daß der Gaspreis sich ab 1. 7. auf 7,55 M. und ab 1. 8. auf 10,05 M. pro Kubikmeter erhöht.

Von bietiger Schützengeellschaft wurde anlässlich des stattgefundenen Schützenfestes der Gemeinde 2000 M. für Armenzwecke überwiesen.

Bereits Einziehung des sogenannten Buttermilchweges nach Naundorf sind die in Frage kommenden angrenzenden Behörden bereit, für Überlastung des Weges 10 M. für den Quadratmeter zu zahlen. Da jedoch Schmiedeberg an einer direkten Verbindung des an der Bahn entlang führenden Weges mit dem sogenannten Leichenweg hat, wird beschlossen, einen Verbindungsweg zu schaffen. Der Bauausschuss wird beauftragt, mit den in Frage kommenden Grundstückseigentümern wegen Landerverkauf zu verhandeln.

Der Seinerzeit erhobene Einspruch gegen die Badeanlage wird unter der Bedingung zurückgezogen, daß die Gemeinde sich bereit erklärt, für etwa entstehende Schäden aufzuhommen.

Infolge einer Ministerialverordnung betreffs Ausschließung eines Siedlungsplanes wurde beschlossen, sich noch einmal mit Herrn Stadtbauinspektor Sicks-Dresden in Verbindung zu setzen.

Bereits der Ausführung des Reichs-Militärgesetzes wurde bestimmt, daß die Zuschläge zur Grundmiete vom Gemeinderat festzusetzen sind.

Als Erlass für den verstorbenen Herrn Herm. Böhme wurde als Vertreter in den Ausschuß für Sozialrentenfürsorge Herr Herm. Höller gewählt.

Auf Veranlassung der Amtshauptmannschaft soll der Antrag wegen Landenteignung von Rittergut Naundorf nicht weiter verfolgt werden.

Das Gesuch um Beihilfe zu dem Erzbergsmuseum in Augustusburg wurde einstimmig abgelehnt.

Die Gemeinde verzichtet auf das Vorkaufsrecht des von Frau Goldammer an Herrn Bäckermeister Pöhl verkauften Stück Landes.

Nachdem eine eingehende Prüfung der Gemeindekassen vor genommen und alles in bester Ordnung befunden wurde, konnte den beiden Kästlerern Entlastung erteilt werden.

Das Gesuch der Frau Pirisch wegen Überlassung eines Stücks vom angrenzenden Schuttabladeplatz wurde abgewiesen.

Der Mietpreis für die Wohnungen in dem neu gebauten Hause an der Molchgrundstraße wurde auf 1100 M. festgelegt.

Zum Schluß wurde noch der Antrag gestellt, es möchten sich mehrere Gemeinden zusammen schließen und gemeinsam an den Fisch mit dem Ersuchen herantreten, daß künstlich Brennholz nicht mehr zur Versteigerung komme, sondern den Gemeinden wieder zur Verfügung gestellt werde. Es sei bei den jüngsten Preisen Arbeitern und Angestellten rein unmöglich. Winterholz kaufen zu können.

Erster wurde noch beschlossen, bei der Behörde zu beantragen, daß auch die bietige Ortsstraße an Sonntagen für den Automobilverkehr gesperrt werden möge.

* Deutsches und amerikanisches Gold. Für ein goldenes 20-Mark-Stück zahlte die Regierung gegenwärtig 5000 Papiermark. Dagegen erhält man für ein goldenes 5-Dollar-Stück im Werte von 21 M. Gold je nach dem Kurs bis zu 10 000 M. Der Unterschied in der Bewertung ist leicht zu erklären. Von der deutschen Regierung wird der Wert des Dollars von der Spekulation dagegen der Wert des Golds.

Der erste Schritt.

Europa verhandelt mit den europäischen Banken.

Die große amerikanische Nachrichtenagentur „United Press“, die seit dem republikanischen Wahlsieg 1920 durch gute persönliche Beziehungen zu Harding die verlässlichsten Nachrichten aus Washington erhält, berichtet, daß die Vereinigten Staaten den ersten Schritt unternommen haben, um in die wirtschaftlichen Angelegenheiten Europas einzutreten. Dieser Schritt soll darin bestehen, daß die amerikanische Regierung bereits offizielle Verhandlungen mit großen europäischen Banken angelaufen haben soll, um gemeinsame Schritte zur Stabilisierung der Wirtschaft zu unternehmen. Es sei möglich, daß aus diesen Besprechungen die Einberufung einer großen internationale Konferenz hervorgehe.

Die Verhandlungen wurden auf Veranlassung des Präsidenten Harding vor einiger Zeit begonnen, und zwar besonders mit den Banken der Länder, deren Wirtschaft dem Dollar sehr nahestehet, also Englands, der standeswürdigen Länder und Spaniens. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den amerikanischen Finanziers noch keinen endgültigen Plan vorgelegt, aber in gutinformierten Kreisen glaubt man, daß die Washingtoner Regierung nunmehr ernsthafte Schritte unternehmen wird.

Vorläufig dürfte es sich bei dem amerikanischen Schritte nur um Vorbereitungen handeln, zu einem ersten finanziellen Eingreifen Amerikas dürfte es wohl erst nach den Kongresswahlen in der ersten Novemberhälfte kommen.

Der Wiederaufbau

Nordfrankreichs.

Der Stinnes-Vertrag mit der französischen Wiederaufbaugenossenschaft.

Der vor einigen Tagen von dem Präsidenten der französischen Wiederaufbaugenossenschaften „Marquis de Luberac“ und dem deutschen Großindustriellen Hugo Stinnes unterzeichnete Vertrag über Materiallieferungen für den Wiederaufbau der kriegszerstörten nordfranzösischen Gebiete wird jetzt im Wortlaut veröffentlicht. Das Abkommen stellt sich als erste praktische Ausführung des von Rathenau abgeschlossenen Wiesbadener Sachlierungsabkommens dar.

Der Vertrag bestimmt als Vermittlungsstelle für die Ausführung der Sachlieferungen die „Aktiengesellschaft für Hoch- und Eisenbau“ in Essen, der das Recht zugeschlagen wird, für die allgemeinen Unfosten und den Nutzen einen Aufschlag zu berechnen, der in seinem Falle 6 vom Hundert des Preises übersteigen darf, den sie in Deutschland für die gelieferten Waren bezahlt hat. Der Vertrag dieser Ausschlags wird in die Summe mit einbezogen, die Deutschland für die tatsächlichen Sachlieferungen gutgeschrieben wird.

In dieser Summe, die Deutschland gutgeschrieben wird, sollen ebenfalls die etwaigen Kosten einbezogen sein, die aus den Leistungen entstehen, die zwecks Finanzierung dieses Unternehmens seitens der Essener Firma mit einem Bankenkonsortium unter Führung der Dresdener Bank vereinbart werden.

Freigabe eines Teiles der zu Frankreich zu liefernden Kohlenmengen.

In dem Vertrag erklärt Herr Stinnes, daß es zur verstärkten Sicherung von Baumaterialien wie Bemant, Ziegelsteinen, Kalk, Dachziegel nötig sei, daß ein bestimmter Prozentsatz der monatlich von Deutschland an Frankreich zu liefernden Kohlenmengen frei gegeben werde, ein Prozentsatz, der dem für die Fabrikation dieser Materialien unbedingt nötigen Verbrauch entspricht. Die freigegebenen Kohlenmengen sollen ausschließlich für die Verstärkung der Erzeugung der Sachlieferungen Verwendung finden. Eine Kommission wird gemeinschaftlich die Kohlenverbrauchsmaßnahmen für die erzeugten Materialien festlegen.

Herr de Luberac erklärt, daß Voraussetzung für die wirksame Durchführung der Sachlieferung ist, daß der Preis der deutschen Materialien, die den französischen Lagern der zerstörten Gebiete zugeführt werden, auf seinen Fall den Preis der entsprechend von dem französischen Markt gelieferten Materialien übersteigen darf, da die Kriegsschädigung der französischen Geschädigten demgemäß festgesetzt worden sei.

Der Vertrag bestimmt ausdrücklich, daß das Abkommen nur unter der Voraussetzung gilt, daß die deutschen Warenlieferungen unter dem Titel „Sachlieferungen“ nach dem französischen Mindestzoll verzollt werden.

Weiter wird bestimmt, daß die Übereinkunft so lange dauert, wie die Abkommen von Wiesbaden und Berlin. Weiter verpflichten sich Stinnes und Luberac, diese Vereinbarungen und ihre gegenseitigen Errichtungen ihrer Regierungen mitzuteilen. Die Vereinbarung gilt vorbehaltlich der Genehmigung des Verwaltungsrates der französischen Wiederaufbaugenossenschaften.

Hilferuf der Presse.

Aufruf der rheinisch-westfälischen Presse an die Reichsregierung.

Der 1. September war ein schwarzer Tag für das deutsche Zeitungsgewerbe. Eine Unmenge von Zeitungen hat infolge der ungeheuren Steigerung des Druckpapierpreises ihr Erscheinen einstellen bzw. fast einschränken müssen. Und wenn die Preisgestaltung auf dem Papiermarkt in den kommenden Wochen keine durchgreifende Änderung erfährt, dann stehen auch die Blätter vor dem Ruin, die bis dahin unter Aufwand größter Geldopfer noch durchhalten konnten. Angesichts des drohenden Zusammenbruchs des deut-

zigen Zeitungsgewerbes hat der Vorstand des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die übermaß am 150 Proz. gestiegenen Papierpreise die jetzt das 300fache des Friedenspreises darstellen, stellen das gesamte deutsche Zeitungswesen vor eine Katastrophe. Die Zahl der bereits eingegangenen Zeitungen wird um ein beträchtliches vermehrt und die noch bestehenden können einen verzerrten Kampf um ihre Existenz und zugleich um die Existenz von vielen Tausenden Redakteuren, Journalisten und Arbeitern. Mit großer Sorge schauen wir in die Zukunft. Der Verband der rheinisch-westfälischen Presse als Vertreter von mehr als 400 Redakteuren und den beiden Provinzen Rheinland und Westfalen richtet an Reichsregierung und Reichsbank die dringende Aufforderung, in diesen großen Gefahr für die Zukunft der gesamten deutschen Presse durch wirksame Maßnahmen Abhilfe zu schaffen.“

Infolge der hohen Druckpapierpreise wird die in Warendorf erscheinende Zeitung „Westfalenland“ am 1. Oktober ihr Erscheinen einstellen. — In Pirmasens ist die „Pirmasenser Volkszeitung“ eingegangen, das vierte Blatt, das bisher in Pirmasens seix Erscheinungen einstellen mußte. Nunmehr verfügt die Stadt nur noch über eine Zeitung bei rund 40 000 Einwohnern.

Die griechische Niederlage.

Die Athener Regierung bittet um Waffenstillstand.

Unter demindruck der schweren Niederlage des griechischen Heeres in Kleinasiens sind König Konstantin von Griechenland und die griechische Regierung an die Alliierten herangetreten, um einen Waffenstillstand im griechisch-türkischen Krieg herbeizuführen. Wie die Londoner Presse meldet, haben zwischen England, Frankreich und Italien bereits Erörterungen über das griechische Waffenstillstandsgebot stattgefunden. Angeblich soll hierbei vollständige Übereinstimmung zwischen den Mächten aufgetreten sein. Die Alliierten nehmen an, daß die Hauptbedingung für einen Waffenstillstand die Räumung Kleinasiens durch die Griechen sein werde. Als wahrscheinlich betrachtet man daß die Regierung von Ankara außerdem fordert, daß die Griechen auch Thrakien aufgeben; die Mächte würden in dieser Frage jedoch nicht nachgeben.

Die Griechen auf der Flucht.

Nach Athener Meldungen hat das griechische Kabinett beschlossen, die erforderlichen Vorbereitungen für die Räumung Kleinasiens zu treffen, da keinerlei Aussicht mehr besteht, den türkischen Siegeszug aufzuhalten. Von der Thessalidzinaline sind zwar Beschlüsse nach Kleinasiens unterwegs, doch dürften diese Truppen lediglich zur Aufnahme der zurückfließenden Feldarmee dienen. Der türkische Vormarsch dauert an der ganzen Front an. Die griechischen Truppen ziehen sich kampflos zurück. Beim Rückzug werden die Städte und Dörfer im Inneren niedergebrannt. Ein Telegramm aus Athen bestätigt die Einnahme von Uşak durch die türkischen Truppen und lädt einen baldigen Fall der Stadt Brusse des wichtigsten Stützpunktes im Norden Kleinasiens voraussehen, von der die Türken nur noch etwa 21 Kilometer entfernt sind. Die Räumung von Brusse ist in vollem Gange.

Auch Smyrna wird schon geräumt.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel haben auf Ersuchen der Konsuln englische, französische, italienische und amerikanische Kreuzer den Befehl erhalten, nach Smyrna zu fahren. Obwohl die Stadt noch nicht direkt bedroht ist, haben bereits viele Griechen sie verlassen. Die Archiv der griechischen Verwaltung wurden zusammengepackt und sollen nach Athen transportiert werden; die Rückförderung der Truppen durch die Kriegsschiffe hat bereits ein gefestigtes Tausende von christlichen Flüchtlingen näher sich der Stadt.

Benizelos tanzt wieder auf.

Die Stellung des griechischen Kabinetts ist erschüttert. Sobald die Räumung Kleinasiens offiziell bekannt gegeben wird, beabsichtigt die Regierung ihre Demission zu geben. Der griechische Oberbefehlshaber in Kleinasiens ist von seinem Posten entbunden worden. Der frühere Obristator Griechenlands Benizelos hat angeblich eine Einladung erhalten, nach Athen zurückzukehren. Zahlreiche griechische Blätter fordern den Rücktritt der Regierung.

Politische Rundschau.

Berlin, 6. September 1922.

Im Reichstag trat der vom Wohnungsausschuß eingeleitete Unterabteilung zusammen, um sich u. a. mit den Fragen des Kleinwohnungsbaues zu befassen.

Gegen die Verhärting der Bauwirtschaft hat die württembergische Landwirtschaftskammer schwächer Einspruch erhoben.

Der Alldeutsche Verband hat in Essen eine Tagung abgehalten, an der auch Vertreter der Großdeutschen Partei aus Österreich teilnahmen.

Der Landesausschuß der Deutschnationalen Volkspartei in Baden hat beschlossen, den Abg. Dr. Düringer aufzufordern, sein Amt als Landesvorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei und sein Reichstagsmandat niederzulegen, da er das Vertrauen seiner Partei nicht mehr habe.

Eine von der national-sozialen Arbeiterpartei in Stuttgart ausgeschriebene Fahneneinweihung ist von der württembergischen Regierung verboten worden.

Erhöhung der Beamtenbefriedung um 30 Prozent. Die mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge führten zu einem Einvernehmen dahin, daß vom 1. September ab eine Erhöhung der Beamtenbezüge gegenüber den Augustbezügen um rund 30 vom Hundert eintrete. Das Kabinett und der Reichsrat haben der mit den Organisationen vereinbarten Erhöhung der Tenerungsbezüge ihre Zu-

stimmung erteilt. Die augestandene Erhöhung soll nach der endgültigen Versicherung der Regierung mit gründlichster Bekleidung zur Auszahlung gelangen. Über die Festsetzung der Lohnsätze für die Arbeiter in den Reichsbetrieben werden die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium noch fortgesetzt.

Protest der Zeitungsverleger gegen die Presseverbote. Eine Vorstandskundgebung des Vereins deutscher Zeitungsverleger wendet sich in einer scharfen Protestresolution gegen die Handhabung des Schutzgesetzes durch die Verwaltungspraxis, die in zahlreichen Fällen Verbote auf Grund des Gesetzes ausgesprochen habe, ohne daß nach der Überzeugung der sachverständigen Presseorganisationen der gesetzliche Bestand für ein Verbot vorlag. Das bisherige Vergehen der Verwaltungsbehörden müsse in nächster Zukunft zu einer Unterbindung jeglicher wirkungsvollen kritischen Berichterstattung, zu schleichlicher Unfreiheit des politischen öffentlichen Lebens und völkischer Bähmung jeder öffentlichen Betätigung aller Volkskreise führen und damit der Verfassung des Reichs seine Grundlagen entziehen. Angesichts dieser Gefahren rufen die bevollmächtigten Vertreter der deutschen Zeitungsverlegerhaft, besonders auch die den Regierungsvertretern nahestehenden Zeitungen, Regierungen und Parlamente zu beschleunigter Abhilfe auf.

Wie der Völkerbund die Wünsche des Saargebietes erfüllt. Der Völkerbundrat bestätigte für ein neues Jahr das Mandat des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission des Saargebietes Dr. Hector, trotz der gewaltigen Protestkundgebungen, die sich im ganzen Saargebiet gegen Hector erhoben haben. Der Völkerbundrat fordert den Generalstaatsrat auf, Herrn Hector ausdrücklich den Dank des Völkerbundes (1) für die Dienste, die er während seiner Amtsführung dem Völkerbund geleistet hat, auszudrücken. — Diese Entscheidung des Völkerbundrates ist ein neuer Beweis für seine Verständnislosigkeit gegenüber den beauftragten Forderungen des Saargebietes.

Gefährdung des Übereinkommens. Der alte Bergarbeiterverband im Ruhrrevier hat sich nach der „Rhein-West. Rtg.“ gegen die weitere Ausdehnung des Übereinkommens erklärt, die nach den Vereinbarungen zwischen Reichsregierung, den Kohlenindustrien und den Vertretern der Arbeiterverbände zur Garantierung der Reparationslieferungen vorgenommen war. Die ablehnende Haltung wird damit begründet, daß die Durchführung des am 1. September in Kraft tretenen Übereinkommens nichts an verschiedenen Stellen wegen der physikalischen Beschaffenheit der Bergleute auf Schwierigkeiten stoße. — Auch die Bergarbeiter im Zwickauer Steinlohenrevier sowie im Lugau-Oelsnitzer Revier haben sich gegen das Verfahren einer täglichen Überstunde ausgesprochen. Damit kommt ein Verfahren von Über Kunden um sächsischen Steinkohlenbergbau nicht mehr in Frage.

Die sozialistischen Einigungsverhandlungen. Bei den Verhandlungen zwischen den Beauftragten der Parteivorstände der SPD. und USPD. wurde über das Aktionsprogramm volle Einmütigkeit erzielt. Neben diesem Aktionsprogramm wird zum übernächsten Partitag ein grundfäßliches Parteiprogramm vorbereitet werden. Die Vorarbeiten zu diesem Parteiprogramm sollen von einer in Nürnberg zu wählenden Programmkommission geleistet werden. Neben einer Reihe anderer Voraussetzungen zur Einigungsfrage wurde laut „Vorwärts“ infolge gegenseitigen Einigungsvertrages ebenfalls leicht Übereinstimmung erzielt.

Der Banknotenumlauf in Polen hat die Höhe von 1351 Milliarden polnischer Mark erreicht.

Der Völkerbundsausschuß für Verkehrs- und Transitsfall zwischen dem deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes über die Anwendung der Verkehrs-Konvention in die Wege zu leiten.

Die Währungskommission des Völkerbundes nahm eine Entschließung an, daß in Zukunft der Verkauf und die Fabrikation von Kriegsmaterial durch Privatindustrie nur noch mit der Erlaubnis der zuständigen Landesregierung gestattet werden dürfe.

Österreich: Der Bundeskanzler in Genf.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel hat sich nach Genf begeben, um persönlich vor dem Völkerbund das österreichische Bittgebot zu vertreten. Er wird der Versammlung einen Plan unterbreiten, in dem er einen sofortigen Aktionsplan ein grundfäßliches Parteiprogramm vorbereitet werden. Die Vorarbeiten zu diesem Parteiprogramm sollen von einer in Nürnberg zu wählenden Programmkommission geleistet werden. Neben einer Reihe anderer Voraussetzungen zur Einigungstragung wurde laut „Vorwärts“ infolge gegenseitigen Einigungsvertrages ebenfalls leicht Übereinstimmung erzielt.

Die Schweiz: Ein hilfreicher Präsident des Völkerbundes.

Die Völkerbundversammlung in Genf hat mit 44 abgegebenen Stimmen den Vertreter der südamerikanischen Republik Chile, Edmundo Chaves, als ihren Präsidenten gewählt. Der neu gewählte Präsident dankte für die Wahl, die er vor allem als eine Erhöhung des lateinischen Volkes aufzufasse. Herauf wurden sechs große Auseinandersetzungen gebildet, die sich folgendermaßen in die Arbeiten der Versammlung teilen: 1. Verfassungs- und Rechtsfragen. 2. Technische Organisation. 3. Währung. 4. Haushalt- und Finanzfragen. 5. Allgemeine Fragen. 6. Politische Angelegenheiten. Außerdem wurde eine Kommission aus fünf Mitgliedern mit der Prüfung der Tagesordnung und der Aufnahme eventueller neuer Verhandlungsgegenstände beauftragt.

England: Die britische Arbeiterschaft gegen Versailles.

Der Arbeitersführer Smillie erklärte in einer Rede in Southport (Pendlebury) bei einer Kundgebung im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftskongress in England ständigen Millionen Menschen am Rande des Hungers und zwar nicht wegen einer Hungersnot, sondern die Hungersnot und deren Calamitäten, weil die Staatsmänner Europa die europäischen Probleme nicht im Interesse der Völker geregelt hätten. An dem Kongress selbst nahmen 800 Delegierte teil, die 5 bis 6 Millionen Arbeiter vertraten. Bei der Eröffnung erklärte der Vorsitzende Walker, er sehe keinerlei Anzeichen eines Wiederauflebens des Handels. Millionen von Arbeitern würden im nächsten Winter große Entbehrungen leiden. Die Arbeitslosigkeit werde in der kommenden Zeit in erheblichem Maße zunehmen. Zum Schlusß trat Walker für eine Revision des Versailler Vertrages, für die Zurückziehung der Besatzungstruppen aus Deutschland und für die Wiederherstellung eines guten Einvernehmens auf dem Kontinent ein. Die Arbeiter würden nicht immer dulden, nur Figuren in dem Schachspiel zwischen den Regierungen zu sein.

"Ich bitte," sagte er dann scharf — „lassen wir Toten tot sein.“

„Das Tote ist aber nicht immer tot,” fiel ihm der andere ins Wort.

„Es wird manchesmal lebendig. Können Sie sich denn gar nicht denken, Herr Irwein, wer ich bin?“

Der Gutsherr blieb eine Sekunde lang stehen. Schon sah man genau die Umrisse des Jagdhauses aus den Bäumen hervortreten. Der alte Förster besuchte das Haus häufig um diese Zeit. Vielleicht war er auch heute dort? Dieser Gedanke gab Irwein seine Sicherheit zurück, welche er während des Gesprächs mit dem Fremden verloren hatte.

Eben wollte er ein Wort erwidern, als der kleine Hinkende schon wieder zu sprechen begann:

„Herr Irwein, weshalb wollen wir nicht offen sein miteinander. Sie sehen es ja: Ich weiß so manches aus Ihrer Vergangenheit, was Ihnen unliebt ist.“

„Aus meiner Vergangenheit nicht,“ rief Werner Irwein heftig.

„Dann aus derseligen Ihrer Frau Gemahlin. Und schließlich: Es kommt ja doch auf dasselbe heraus! Denn einmal liebten Sie die schöne Zutta Wirsbach, obgleich sie das Kind sahrender Deut war und damals erachtete sie Ihnen nicht zu schlecht, ihr den Namen Irwein zu geben. Endlich ist sie ja auch die Mutter Ihrer Kinder.“

„Vidler!“ sagte der andere bitter.

Aber der Kleine ließ sich nicht stören.

„Dass die „tolle Zutta“ keine tadellose deutsche Hausfrau war, das glaube ich gern. Über das lag ihr eben nicht im Blute. Und schließlich konnte sie auch nicht dafür, dass sie allen Männern die Köpfe verdrehte und am allermeisten Ihrem Herrn Bruder, dem Heinz.“

Völlig blieb Irwein stehen.

„Jetzt hören Sie aber auf!“ sagte er mit zornbebender Stimme. „Ich will nichts weiter hören! Ich weiß auch jetzt schon, wer Sie sind. Sie sind jener Hugo Mahr, welcher meinen Bruder zu seinen leichtsinnigen Streichen erst recht verleitete. Sein sogenannter „beste Freund“ noch aus den Kindertagen her, der Sohn unseres einstigen Verwalters, an dem wir alle so sehr hingen und der uns auch durch 40 Jahre lang treu gedient hat! Sie sind derselbe, der mir schon so häufig aus San Franzisko geschrieben hat.“

„Nun also,“ unterbrach der kleine Mann den Erzegten. — „Ich hab' mir's ja gedacht, Herr Irwein! Sie sind ein kluger und ein gerechter Mann! Sie werden wissen, dass es verschiedene Schicksale gibt! Das meinige war hart!“

Habe ich Ihnen nicht jedesmal Geld geschiickt, wenn Sie mich darum batzen?“ fuhr Werner Irwein auf.

„Um, ja. Das taten Sie immer. Schon deswegen, weil es Ihnen mehr als unangenehm gewesen wäre, wenn ich eines Tages anstatt an Sie, an Ihren Sohn und Ihre Tochter geschrieben hätte, dass Ihre Mutter einst mit dem einstigen Bruder ihres Vaters insach entflohen ist, nachdem die beiden ein paar jemals hohe Wechsel reicht geschildert hatten. Ra ja, die Kinder sollen es natürlich nicht wissen, sonst es ja auch sonst niemand weiß. Aber ich weiß alles, Herr.“

Und Sie haben dieses Wissen gründlich ausgenutzt.“

Nun — man benutzt, was sich eben bietet. Aber sie war's ja nicht, was Sie geschildert haben. Und Krabben rinnst einem das Geld rein durch die Finger. Budem bin ich frank und elend. Von Verdiensten ist nicht mehr viel die Rede. Seit Ihr Herr Bruder und Sie — die Frau Gemahlin tot sind, ging's mir schlecht. Da dacht' ich: Jahre heim. Der Herr Irwein wird sich erinnern, dass ich immer brav geschwiegeln habe über alle die alten Geschichten. Und zum Dank lässt er mich irgendwo ruhig hausen und zahlt mir eine kleine Rente, so lange ich lebe.“

Werner Irwein war stehen geblieben.

„Und was soll ich noch alles tun?“ fragte er ironisch. „Sie überschämen meine Vermögensverhältnisse! Ich bin nicht reich. — Und ich habe jahrelang Ihnen immer gegeben, was möglich war!“

(Fortsetzung folgt.)

Bermischtes.

* Ich verkaufe nur an Deutsche! In einem Geschäft in Darmstadt liegt im Schaufenster eine Fünfdollarnote mit folgender Aufschrift: Für diesen Schein beham der Ausländer früher Waren im Werte von 20,25 M., jetzt jedoch solche für 7000 M. Ich verkaufe deshalb nur an Deutsche.

* Boxerhonorare. Jede Demenz hat nach einer kürzlich veröffentlichten Aufführung in den letzten drei Jahren nicht weniger als 1 262 500 Dollar verdient, in Papiermark umgerechnet über 2 Milliarden. An Einnahmen aus Boxkämpfen sind dem neuen amerikanischen Milliardär 322 000 Dollar zugestossen, von Filmgesellschaften erhielt er 405 000 Dollar und für Vorstellungen im Theater 275 000 Dollar.

* Auf nach Berlin! Ein Leser teilt der Deutschen Tageszeitung einigermaßen enttäuscht mit, dass er in einem Berliner Hotel für das erste Frühstück 412 M. bezahlen musste. Es kosteten: ein Kaffee 100, Marmelade 10, ein Ei 80, Apollinaris 55 und ein Gläschen ehrlichen deutschen Kognacs 130 M. Dazu 10% Bedienungsgeld — in Summa 412 M. — Das Blatt bemerkt dazu: Der Beischwerdeführer sieht in seiner Unschuld in diesen Zahlen nackte Wucher. Er sollte einige Zeit in Berlin bleiben — was man ihm freilich ehrlicher Weise nicht raten kann — und er würde sein blaues Wunder erleben. Da gibt es noch ganz andere Zahlen! — Auf den Kognak hätte er übrigens verzichten können!

* Delikat. Bei einem vor kurzem verstorbenen Händler Hermann Thieme in Wellaune, der auch in unserer Stadt allgemein bekannt war und als Sonderling galt, handelte es sich in einer Weste 203 20-Mark-Stücke in Gold eingehänt, die sich nach der heutigen Währung auf 1 515 000 M. belauften würden. Einen großen Teil davon dürfte das Finanzamt in Besitz nehmen.

Letzte Nachrichten

Das sozialistische Einheitsprogramm.

Berlin, 5. September. Der „Vorwärts“ veröffentlicht das Einheitsprogramm der beiden sozialdemokratischen Parteien. Es umfasst im wesentlichen 6 Punkte: 1. Schul der Republik; 2. Kampf gegen die Klassenhälfte; 3. Finanz- und Wirtschaftspolitik; 4. Sozialpolitik; 5. Volksgesundheit und Erziehungswesen; 6. Internationale Politik. Zu 1 wird u. a. gefordert: Schärfster Kampf gegen alle Bestrebungen, die Monarchie wieder herzu-

stellen, Ausgestaltung der Reichswehr zu einer zuverlässigen Verteidigungswaffe der Republik, Ausbau der Republik zu einem organisch gegliederten Einheitsstaat. Zu 2: Umwandlung des gesamten Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen, Zulassung der Richterkollegien aus allen Volksschichten, entscheidende Entwicklung gewählter Landräte, Abschaffung der Todesstrafe. Zu 3: Grundsätzlich umwendende Finanzreform nach dem Prinzip der Quellenbegrenzung und der Arbeitsbeteiligung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Erträgen der kapitalistischen Unternehmungen. Zu 4: Schutz der Arbeitsschaft durch soziale Gesetzgebung, Abwehr aller Angriffe auf den Arbeitstag. Zu 5: Verbesserung des gesamten Erziehungswesens und der Bildungsunternehmen, Einheitsschule mit weitreichendem Unterricht, Erklärung der Religion zur Privatsache. Zu 6: Fortsetzung einer Außenpolitik der Verbündung und des Wiederaufbaus unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, Kampf gegen die imperialistische Politik.

Eine Entschließung der Ernährungsministerkonferenz.

Hamburg, 5. September. Auf der Ernährungsministerkonferenz in Hamburg wurde eine Entschließung angenommen, in der darauf hingewiesen wird, dass die ungeheuren Schwierigkeiten, die die Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes entgegenstehen, vor allem aus dem Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Gebiete resultieren. Es wird betont, dass die Möglichkeit zu grundlegenden Änderungen der Wirtschaftslage daher nicht in der Hand der mit der Ernährungssorge betrauten Stellen liegt. Alle Maßnahmen jedoch, die auf zweckmäßige Verwendung und Sparfunktion der vorrätigen Nahrungsmittel Einfluss haben können, sollen getroffen werden, damit hierdurch eine beträchtliche Preisgestaltung erhalten werde. Die Konferenz hat mit Bekämpfung davon Kenntnis genommen, dass zur Unterstützung der Sozial- und Kleinrentner namhafte Geldbeträge zur Verfügung gestellt worden sind. Sie hält es aber für notwendig, darüber hinaus hessens einzutreten. Im Rahmen dieser Maßnahmen wird die Kinderspeisung, die öffentliche Speisung und die Abgabe von Lebensmitteln an besonders bedürftige zu ermäßigten Preisen geprüft werden müssen.

Der tschechisch-jugoslavische Bündnisvertrag.

Prag, 5. September. Zu den verschiedenen Meldungen tschechisch-deutscher Blätter, dass der Vertrag zwischen der tschechoslowakischen Republik und dem Königreich Jugoslawien genaue Pläne über die Errichtung eines strategischen Korridors zwischen beiden Ländern auf magyarisch-österreichischem Gebiete erfahren. Nachdrücklich ist, dass die Informationen auf den gleichen Erfindungen und Kombinationen über den tschechoslowakisch-jugoslavischen Vertrag gehörten, auf die sich das Dementi des tschechischen Außenministeriums in der vergangenen Woche bezog.

Die Landplage der „Auskäufer“ am Rhein.

Kehl, 5. September. Unter dem durch die Geldentwertung hervorgerufenen Ausverkauf hat der Brückenkopf Kehl sowie das Städtchen Kehl und seine Umgebung mit am meisten zu leiden. Leider ist es nicht möglich, trotz scharfer Überwachung den Schmuggel zu verhindern, denn vielfach werden gerade größere

Ruhestunden eines frischen Transportes stellen wie eine Auswahl von 25 Stück


bestes
Zucht- und Ruckvieh
und zwar hochtragende und frischmelkende Kühe und Kalben preiswert bei uns zum Verkauf.
Schlachtung wird in Zahlung genommen.

Hainsberg, Sa. Emil Rästner & Co.

Gremial: Freital 286.

Achtung! Ehemalige Handelsschüler!

Sonnabend den 9. September 22 Sitzung im Hotel „Stadt Dresden“. Es ist jederzeit willkommen, der nachweisbar eine Handelsschule besucht hat.

B. e. B.: der Vorstand.

Täglicher Bote für nachmittags nach Reinhardtsgrima gefüllt

Zu melden:
Geschäftsstelle der „Weißeritz-Zeitung“

Dresch-Niemen

Maschinen- und Werkzeugvertrieb

Georg Bergelt, Altenberg.

Brennholz · Kreissägen

Eletromotoren mit Augellager

Programme, Eintrittskarten usw. druckt Carl Jehne.

Schlesischen u. bayrischen Gebirgsrotflee,

leidfrei, gibt in groben u. kleinen Mengen noch preiswert ab

**Otto Voigtlander,
Königstein,
Samengroßhandlung.**

**Guter Zichharmonika,
einfach, zu verkaufen
Gartenseite, 242B part. r.**

**Schlacht-pferde
faust
Herrn. Schäfer
Rohrichtsdorf.
Dippoldiswalde, Markt 28. Tel. 80.**

Arnika Haaröl

**Herrn Lommatsch
Drogerie z. Elefant
Dippoldiswalde**

warenmengen französischen Militärautos mitgegeben. Diese dürfen aber nur angehalten werden, wenn begründeter Verdacht besteht, dass sie verbogene Ein- und Ausfahrt beginnen. Zu einer Landplage hat sich der französische Sonntagsverkehr in Rehl ausgewachsen. Am letzten Sonntag zählte man 10 000 solcher Gäste. Das ist ebenso viel wie die Einwohnerzahl von Rehl beträgt.

Was Dr. Beneš an Deutschland abtreten wollte.

Ach, Weipert, Friedland.

Es ist bekannt, und die tschecho-slowakische Regierung hat es zugesehen, dass sie sich seinerzeit in Paris erblich gemacht hatte, gewisse deutsche Gebiete Böhmen in Deutschland abtreten. Nach dem, was man darüber erfuhr, hätte es sich um ziemlich große Gebiete gehandelt, und man ließ als Beweisgrund durchblicken, man habe auf diese Weise die Zahl der bei der Tschecho-Slowakei verbleibenden Deutschen verringern wollen. Dem ist aber nicht so; es handelt sich vielmehr um einen reinen Tausch, der hauptsächlich bezweckt, der Tschecho-Slowakei strategisch bessere Grenzen zu sichern. Dies geht aus dem sogenannten Memoire XI hervor — es führt den Titel: Problèmes des rectifications des frontières tschechoslovaques et germano-autrichiennes —, von dem die Prager „Bohemia“ den auf die Grenzen des Deutschen Reiches bezüglichen Teil veröffentlicht. Es heißt in diesem Memoire XI über die

Rektifikation der Grenze gegen Sachsen.

a) Die Grenze des Erzgebirges.

Die Rektifikation der Grenzen mit Sachsen sind ihrer Ausdehnung nach weniger groß als anderswo. Ueberdies treten wir zum Austausch an vier Punkten Teile unseres Gebietes und eine gewisse Zahl von Gemeinden an Sachsen ab; denn wir wollen Sachsen gegenüber daselbe Prinzip anwenden wie für uns. Es handelt sich hier um die Vereinfachung der Demarkationslinie und um lokale Verkehrsinteressen; das ist der Grund, dass wir gewisse Gemeinden verlangen und eine gewisse Zahl von Gemeinden an Sachsen abtreten. Im ganzen handelt es sich um sieben Stellen, wo die Rektifikationen vorgenommen werden sollen und wo sie nicht zwei oder drei Kilometer Tiefe überstreichen.

Die folcherweise an Sachsen abgetretenen Gemeinden zählen 10 000 Einwohner, während die angegliederten kaum die Hälfte zählen. Die einzelnen Veränderungen betreffen unter anderem: 1. bis 5. Abschnitt beziehen sich auf den westlichen Teil Sachsen.

6. Abschnitt: Die neue Grenze beginnt in Leibnitz westlich von Moldau. Ueber die Roten 804 und 750 führt sie auf den Kahlenberg (804), von da über die Roten 825, 788 (Wettinböhne) und trifft, nördlich von Breitmhüle laufend, die alte Grenze. Moldau wird bei Böhmen verbleiben. Rehfeld, Georgensiedl, Zinnwald, Fürstenau und Fürstenwalde werden an Böhmen fallen. (Dr. Anz.)

Kirchen-Nachrichten.

Mittwoch den 6. September 1922.

Ripsdorf. Abends 8 Uhr Wochenandacht. (Von der Freiheit eines Christenmenschen.)

Kirchen-Nachrichten.

Mittwoch den 6. September 1922.

Ripsdorf. Abends 8 Uhr Wochenandacht. (Von der Freiheit eines Christenmenschen.)

Die Verlobung ihrer Tochter Hildegard mit Herrn Ingenieur Herbert Kirsch aus Reinhardtsgrima beeindruckt sich hierdurch ergeben bekanntzugeben

Ober-Postsekretär Oskar Hesse

und Frau Louise geb. Süß.

Chemnitz, den 3. September 1922.

Vetterstrasse 17 II.

Fritz Pfenninghauer,
Rabenau, am Markt
empfiehlt Bildhauer-, Drechsler- und
Stuhlbauer-Werzeuge.

Tellkopp e Kipsdorf

Morgen Donnerstag

vornehmer Tanz-Abend

Anfang 7 Uhr.

Wendepflüge

mit Eisen- oder Holzgrindel sind am Lager und gibt dieselben noch preiswert ab

Maschinenfabrik Dippoldiswalde.

Zah.: Erich Böhme, Dippoldiswalde.

Auktion.

Sonnabend den 9. September 1922 nachmittags 3 Uhr gelangen in Ilberndorf bei Dippoldiswalde Nr. 1d 1 S. freitl. 1 Glasdruck, 1 Kleiderkasten, 1 Küchenkasten, 1 Waschschrank, 1 Bettstelle mit: Strohmatratze, Tische, Stühle, Spiegel, 2 Kleiderständer, Geschirr und verschiedenes anderes öffentlich meistbietend gegen Barzahlung zur Versteigerung.

Dippoldiswalde, am 6. September 1922.

M. Rehschuh, Notarbeiter.

Dankdagung.

Zurückgekehrt vom Grade unseres teuren Entlaufenen

Herrn August Wünsche

danken wir allen von Herzen für die liebevolle Aufnahme durch Wort und Schrift sowie den herzlichen Blumenstrauß und das ehrende Geleit zur letzten Ruhe füre

Auch danken wir Herrn Pastor Gilbert für die trostreichen Worte unseres Lieben, sowie der Beamten- und Arbeiter Haft des Ehrenwerten Schmiedeburg.

Ripsdorf, den 5. September 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.